Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: H. Fleischer, Druck und Verlag: P. Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorfer-Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 6. | Donnerstag, den 8. Januar 1925. | 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Bildung der Reichsregierung ist nicht vorwärts geschritten. Die beiden für ein überparteiliches Kabinett in Aussicht genommenen Herren v. Kries und Neuhaus haben abgesagt.

* Eine kurze halbamtliche Darstellung bezeichnet die in der Pariser Note angeführten Gründe für die Nichträumung Kölns als sachlich unhaltbar.

* Sämtliche politischen Parteien des Rheinlandes werden am Sonntag, den 11. Januar, gegen die Nichträumung der Kölner Zone öffentlich protestieren.

* Es ist gelungen, den in der großen Berliner Spritschieberaffäre Hauptbeschuldigten, Hermann Weber, in Prag zu verhaften. Das Auslieferungsverfahren ist eingeleitet.

* Mussolini bildet nach dem Rücktritt der bisherigen Minister ein rein faschistisches Kabinett für Italien.

Ein Dokument der Gewalt.

Ist das alles? In den letzten Wochen waren die englischen und namentlich die französischen Zeitungen wieder einmal gestrichen voll von allerhand Märchen über die angeblichen Rüstungen Deutschlands. Unangenehm war es nur, daß liberale englische Zeitungen der Wahrheit etwas mehr die Ehre gaben und auf das Lächerliche der Schauermärchen hinwiesen. Die Note über die Nichträumung Kölns der fünf Mächte der Botschafterkonferenz, England, Frankreich, Italien, Japan und Belgien, ist nun überreicht worden und denkt gar nicht daran, auch in der Anlage nicht, für die Behauptungen, die sie aufstellt, den geringsten Beweis zu erbringen. Sie behauptet vielmehr nur, daß der Artikel 429 des Versailler Vertrages nicht erfüllt sei, deshalb also an eine Räumung der ersten Zone nicht gedacht werden könne; die beanstandeten Nichterfüllungen des Versailler Vertrages durch Deutschland könnten bis zum 10. Januar auch nicht beseitigt werden. Die Note hebt sechs derartige Verletzungen des Vertrages durch Deutschland hervor. Zunächst wird behauptet, daß der große Generalstab der Armee in einer andern Form wiederhergestellt worden sei. Auf diese Behauptung auch nur mit einem Wort zu erwidern, ist um so überflüssiger, als die gesamte Neueinrichtung der deutschen Reichswehr von ihrem Chef des Generalstabes bis zum letzten Soldaten unter den Augen und mit der Genehmigung der Entente vollzogen worden ist. Aber die Behauptung ist Hunderte von Malen in französischen Zeitungen erschienen und fröhlich in die Note übernommen worden. Des weiteren sollen angeblich Freiwillige auf kurze Zeit eingestellt und ausgebildet worden sein. Hier sieht man die Spuren von Behauptungen, die oft genug gefallen sind und die einmal vor Jahren wahr waren, als es noch das Institut der Zeitfreiwilligen gab. Der Einwurf ist übrigens besonders lächerlich, da die Ausbildung für einen modernen Krieg überhaupt nicht in ein paar Wochen geschehen kann.

Der dritte Vorwurf bezieht sich auf den Artikel 168 des Versailler Vertrages, wonach die Umstellung der Fabriken, die sich mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt hatten, möglichst schnell durchgeführt werden muß. Das sei nicht geschehen, bei weitem noch nicht geschehen, wie die Note behauptet, — was eigentlich für Herrn Nollet, der vier Jahre hindurch Vorsitzender der zahllosen Kontrollkommissionen war, recht peinlich sein müßte, da es ein überaus schlechtes Licht auf seine Tätigkeit wirft. Ganz besonders deutlich bei diesem Punkt tritt die Heuchelei dieser „Begründung" hervor, denn Kriegsmaterial ist schließlich alles, was die Industrie herstellt, und ein englisches liberales Blatt wies hohnvoll darauf hin, daß man den Deutschen eigentlich die ganze industrielle Tätigkeit verbieten müsse, wenn jene Bestimmung des Versailler Vertrages restlos erfüllt werden sollte. Weiter bemängelt die Note, daß die deutsche Polizei noch nicht umorganisiert worden sei. Das bezieht sich vor allem darauf, daß ein Teil der Schupo kaserniert ist. Die deutsche Regierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß angesichts der numerischen Schwäche der Schupo und bei der Gefahr kommunistischer Aufstände eine nichtkasernierte Polizei von vornherein verloren sei. Und im übrigen hat sich die Entente seit 4½ Jahren um die ganze Angelegenheit nicht mehr gekümmert.

Das Tollste ist der letzte Vorwand, den die Note nimmt: die deutsche Regierung habe entgegen dem Artikel 211 des Versailler Vertrages noch längst nicht alle von den alliierten Regierungen geforderten gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen getroffen. Das klingt großartig, ist aber komisch, denn der Artikel 211 sagt lediglich ganz allgemein, daß die deutsche Regierung in drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages die deutsche Gesetzgebung durch die erforderlichen Abänderungen zu vervollständigen und in Übereinstimmung mit den Anordnungen des Versailler Vertrages zu bringen hat.

Die Behauptung der Note, daß bei der militärischen Ausrüstung überzählige Bestände jeder Art festgestellt, vor allem aber unerlaubte Vorräte an Kriegsmaterial in bedeutendem Maße entdeckt worden seien, ist schon vor einigen Tagen durch den Reichswehrminister Geßler Fall zu Fall widerlegt worden. Die Note soll ja nun erganzt werden durch die Übermittlung des Berichts der interalliierten Kontrollkommission. Je mehr man über deren Tätigkeit hört, desto krassere Beispiele erfährt man für das Herumsuchen dieser Kommission auch im letzten Dorf, in der letzten Fabrik. Überall suchte man Überschreitungen des Versailler Vertrages und — mußte sie einfach finden. Gleichgültig, ob sie da waren oder nicht. Denn schon ehe der Bericht fertig war, hatte sich ja Lord Curzon Anfang Dezember mit Herriot darüber geeint, daß Köln nicht geräumt werden soll. Man hat nicht einmal den Mut, die Gewaltmaßregeln damit zu begründen, wozu man sie braucht, nämlich ruhig zuzugestehen, daß die Engländer die Kölner Zone nicht verlassen wollen, solange die Franzosen im Ruhrgebiet stehen. Es ist dieselbe Tragikomödie, wie die „Begründung", die Poincaré für den Einbruch in das Ruhrgebiet anwandte. Damals hat England wenigstens die Gewalt als Gewalt bezeichnet, hat durch seine Kronjuristen erklären lassen, daß der Einbruch Gewalttat war. Wir sind nur die Verklagten und uns stehen Kläger und Richter in einer Person gegenüber. Hoffentlich gewöhnt sich nun auch der letzte Deutsche es ab, mit einem Wohlwollen jener Richter zu rechnen, die seit 1919 uns gegenüber immer nur ein Mittel hatten: die Gewalt. Von den Versprechungen, die Herriot und Macdonald anläßlich der Herbeiführung der jetzt beendeten Militärkontrolle dem Reichskanzler Marx gegenüber schriftlich geäußert hatte, ist nichts übrig geblieben, sie sind verweht, wie alle Versprechungen verweht sind seit Wilsons 14 Punkten.

*

Vorläufige deutsche Antwort.

Zu der Note der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der ersten Rheinlandzone wird halbamtlich erklärt, daß sich die Note offenbar die Vorwürfe zu eigen macht, die insbesondere in der französischen Presse seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der Generalinspektion und der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone erhoben worden sind. Diese in der Note zusammengestellten Vorwürfe sind so allgemein gehalten und so wenig sachlich begründet, daß es an der Voraussetzung für eine sachliche Stellungnahme dazu fehlt. Die deutsche Regierung hält es daher für richtig, die Widerlegung dieser Vorwürfe so lange zurückzustellen, bis ihr die angekündigten näheren Mitteilungen gemacht sind, und gibt dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß dies bald geschieht.

Schon jetzt aber stellt die deutsche Regierung fest, daß der Stand der Entwaffnungsfrage nach ihrer Überzeugung auf keinen Fall eine so schwerwiegende Maßnahme wie die Verlängerung der Besetzung der ersten Rheinlandzone rechtfertigen kann.

Im übrigen wird die deutsche Regierung in kürzester Frist ihren Standpunkt den alliierten Regierungen in einer Antwortnote mitteilen.

Reichs- und Preußen-Kabinettskrise.

n. Berlin, 6. Januar.

Keinen Schritt weiter gekommen ist die Lösung der Frage, wie denn nun eigentlich die neue Reichsregierung aussehen soll. War man gestern der Ansicht, durch den Eintritt der den Deutschnationalen nahestehenden Herren v. Kries und Neuhaus in das geplante überparteiliche Kabinett, sei ein baldiges Zustandekommen der neuen Regierung wahrscheinlich, so wurde diese Annahme durch die bald erfolgte Absage der beiden Kandidaten an den Kanzler Marx als hinfällig erkannt. Die Herren v. Kries und Neuhaus gaben keine nähere Begründung ihrer ablehnenden Haltung, sie verwiesen nur auf die allgemeine politische Lage. Jedoch wird angenommen, daß sie einer Weisung ihrer Partei gefolgt sind, die sich mit einer solchen Abfindung nicht zufrieden gebe.

Inzwischen hat sich die angesichts der Pariser Note über die Nichträumung der Kölner Zone kaum noch länger haltbare Situation insofern etwas verschoben, als das Hauptgewicht der Entscheidungen nunmehr auf Preußen übergegangen ist. Der Amtliche Preußische Pressedienst berichtete über einen Empfang der Koalitionsführer in Preußen, Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten, durch den Ministerpräsidenten Braun. Nach dem Bericht sollten die Sprecher der Deutschen Volkspartei dabei den Standpunkt vertreten haben, daß auf Grund des Artikels 45 der Preußischen Verfassung die Regierung zurücktreten müsse, um dem Landtag die Gelegenheit zur Neuwahl des Ministerpräsidenten zu geben. Die Vertreter der drei anderen Fraktionen hätten erklärt, daß nach ihrer Ansicht sich aus dem Artikel 45 keineswegs die Notwendigkeit für den Rücktritt des preußischen Kabinetts ergäbe. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei sollten daraufhin die Erklärung formuliert haben, daß sie aus diesen Auffassungen die Konsequenz ziehen müßten, ihre beiden Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen, um damit die Demission des Gesamtkabinetts herbeizuführen. — Der Artikel 45 sagt lediglich, der Ministerpräsident für Preußen wird durch den Landtag gewählt. Der Gewählte ernennt die übrigen Minister.

Gegenüber diesem amtlichen Bericht veröffentlicht eine Korrespondenz nun eine, wie sie sagt, von der Deutschen Volkspartei stammende Darstellung, nach welcher der Bericht unrichtig sei. Die Behauptung sei unwahr, die Fraktion beabsichtige, ihre beiden Minister zurückzuziehen, um den Kabinettsrücktritt zu erzwingen. Die Volksparteiler hätten nur gesagt, es sei selbstverständliche verfassungsgemäße Pflicht des Kabinetts, nach der Neuwahl zurückzutreten, damit der Landtag von seinem vielleicht wichtigsten Rechte, der Wahl des Ministerpräsidenten, Gebrauch machen könne. Sollte das Kabinett dieser verfassungsrechtlichen Pflicht nicht nachkommen, so würden die volksparteilichen Minister unter allen Umständen „die Verfassung beachten und ihrerseits zurücktreten." Nur in diesem Gedankengang sei die Demission angekündigt. Jedenfalls nehmen an der heute abend stattfindenden Kabinettssitzung, welche den Beschluß darüber bringen soll, ob das jetzige Preußenkabinett vor den Landtag treten und sozusagen in offener Feldschlacht um Vertrauen oder Mißtrauen, also um Verbleiben im Amt oder Rücktritt, kämpfen wird, die beiden volksparteilichen Minister noch teil. Von der Entscheidung für Preußen — das wird jetzt allgemein zugegeben — hängt die Regierungsbildung im Reiche wesentlich ab.

•

Reichskabinettsrat über die Pariser Note.

Berlin, 6. Januar.

In der Reichskanzlei fand in Gegenwart der zuständigen Referenten eine Ministerbesprechung über die Frage eines deutsch-französischen Wirtschaftsprovisoriums statt. Reichswirtschaftsminister Hamm gab in einem längeren Referat einen Überblick über den augenblicklichen Stand der Pariser Verhandlungen. Um 1 Uhr dauerte die Sitzung noch fort. Auch die Fassung der Antwort auf die Note der Alliierten in der Räumungsfrage ist vom Kabinett erörtert worden

---

Berlin, 6. 1. 25.

Die Frage der Regierungsbildung ist bisher ihrer Lösung nicht im Geringsten näher gekommen. Immer mehr zeigt sich, daß der Schwerpunkt der Entscheidung weniger im Reich, als vielmehr in Preußen liegt. So dürften die politischen Bedenken, mit denen die den Deutschnationalen nahestehenden Herren Ministerialdirektor a. D. Neuhaus und Dr. von Kries am Montag den ablehnenden Bescheid, den sie dem Reichskanzler erteilten, motivierten, in erster Linie der ungeklärten Lage in Preußen gegolten haben. Da die Deutschnationale Volkspartei ihren Eintritt in die Reichsregierung — gleichviel ob er in parlamentarischer oder nicht parlamentarischer Form erfolgen soll — unter allen Umständen von der Herstellung der Homogenität der preußischen mit der Reichsregierung abhängig machen will, bestand eben für die genannten Herren keine Möglichkeit, das Angebot des Reichskanzlers anzunehmen. Von deutschnationaler Seite wird allerdings betont, daß die Absage der Herren v. Kries und Neuhaus nicht als eine endgültige anzusehen sei, ihr Eintritt in die Reichsregierung sei nur „zur Zeit", d. h. solange man nicht weiß, was in Preußen werden soll, unmöglich.

In Preußen liegen die Dinge so, daß man auch hier mit einer verschärften Krise rechnen muß. Es wird nunmehr bekannt, daß die Deutsche Volkspartei mit Zustimmung der Deutschnationalen darauf ausgeht, die Preußische Regierung und damit die große Koalition, mit der bekanntlich seit drei Jahren in Preußen regiert worden ist, zu sprengen. Man hört, daß bereits am Sonntag in der Landtagsfraktionssitzung der Deutschen Volkspartei **ein bisher unveröffentlichter Beschluß gefaßt worden ist, daß die Deutsche Volkspartei ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen soll, falls der Ministerpräsident Braun nicht von sich aus demissioniert.** Von dieser Absicht sind die Deutschnationalen verständigt worden und hierauf in erster Linie darf man wohl die Absage der Herren von Kries und Neuhaus zurückführen; ganz allgemein erklärt sich ferner hieraus die abwartende Haltung, die die Deutschnationalen während der ganzen Zeit der Regierungskrise bisher eingenommen haben. In den Spätabendstunden des Montag fand nun ein Empfang der Fraktionsführer durch den Preußischen Ministerpräsidenten Braun statt, in der es sich klar zeigte, daß die Deutsche Volkspartei auf die Beseitigung der gegenwärtigen Regierung in Preußen hinarbeitet. Ihre Vertreter vertraten nämlich nach einer amtlichen Meldung den Standpunkt, daß auf Grund des Artikels 45 der Preußischen Verfassung die Regierung zurücktreten müsse, um dem Landtag Gelegenheit zur Neuwahl des Ministerpräsidenten zu geben. Dieser Argumentation widersprachen die Vertreter des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten, die erklärten, daß nach ihrer Ansicht sich aus dem Artikel 45 keineswegs die Notwendigkeit für den Rücktritt des Preußischen Kabinetts ergäbe. Darauf gaben nun die volksparteilichen Vertreter die Erklärung ab, daß sie aus diesen Auffassungen die Konsequenz ziehen müßten, ihre beiden Minister aus dem Kabinett herbeizuführen.

Durch diese Haltung der Deutschen Volkspartei, die klar erkennen läßt, wie sehr sich die Krisis bereits zugespitzt hat, ist nun eine völlig neue politische Situation geschaffen, zu der die übrigen Fraktionen nunmehr Stellung nehmen müssen. Die Gesamtlage wird aber vielleicht noch eine viel größere Verschärfung erfahren, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Preußische Regierung dem Artikel 45 der Preußischen Verfassung nicht dieselbe Auslegung zuteil werden läßt, wie dies seitens der Deutschen Volkspartei geschieht. Der Preußische Ministerpräsident Braun steht nämlich — und darin wird er von den Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten unterstützt — auf dem Standpunkt, daß die volksparteiliche Auslegung des Artikels 45 eine willkürliche

sei. Artikel 45 lautet: „Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten". Nach der volksparteilichen Auffassung muß jeder neue Landtag auch eine neue Regierung wählen Diese Auslegung würde bedeuten, daß der Ministerpräsident vom Landtag nur für die Dauer seiner Legislaturperiode gewählt wird. Leider bietet die Preußische Verfassung keine klare Handhabe, um diese staatsrechtliche Streitfrage eindeutig zu entscheiden. Tatsache ist, daß in einigen Ländern, in denen der Staatspräsident nur für die Zeit der Legislaturperiode sein Amt führt, dies ausdrücklich in der Verfassung niedergelegt ist. In der Preußischen Verfassung ist dagegen davon mit keinem Wort die Rede, man muß sich lediglich an Artikel 57 der Verfassung halten, der bestimmt, daß der Ministerpräsident und die Minister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Landtages bedürfen In Kreisen, die dem Ministerpräsident Braun nahe stehen, vertritt man infolgedessen die Auffassung, daß die Regierung erst dann zurücktreten könne, wenn ihr vom Landtag ein ausdrückliches Mißtrauensvotum erteilt wird.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Preußische Regierung mit dem Ministerpräsidenten noch einmal vor den Landtag hintreten wird, auch wenn, was ziemlich sicher sein dürfte, die volksparteilichen Minister Dr. von Richter und Dr. Boelitz aus der Regierung austreten werden. Man glaubt nicht, daß die jetzige Regierung von dem neuen Landtag ein Mißtrauensvotum erhalten wird. Denn die dazu notwendigen 225 Stimmen dürften nur schwer aufgebracht werden.

Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, wird wohl auch in Preußen in erster Linie von der Haltung des Zentrums bestimmt werden. Das die jetzige Regierung in Preußen, auch wenn sie kein Mißtrauensvotum erhält, noch weiter regierungsfähig sei, wird in maßgebenden Kreisen des Zentrums bezweifelt. Man darf infolgedessen annehmen, daß das Kabinett Braun, wenn auch erst nach einigen Umwegen, doch noch nach einigen Tagen zurücktreten wird, um die Bahn frei zu machen für die Bildung einer neuen Regierung.

Bevor sich nicht klar übersehen läßt, wie sich die Dinge in Preußen entwickeln werden, wird man im Reich kaum weitere Schritte zur Neubildung des Kabinetts unternehmen. Gegenwärtig richtet sich das parlamentarische Interesse auf die Frage, wer Reichstagspräsident werden soll. Die Sozialdemokraten werden bestimmt den Abgeordneten Loebe präsentieren. Die Deutschnationalen haben den Beschluß gefaßt, den Abgeordneten Wallraf vorzuschlagen. Ein gleicher Beschluß der Kommunisten liegt hinsichtlich des Abgeordneten Thälmann vor. Es ist anzunehmen, daß für Wallraf, der vermutlich mit Loebe in eine Stichwahl kommt, die Stimmen dr Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Bayr. Volkspartei und der Wirtschaftspartei, für Loebe die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten abgegeben werden. Das Zentrum wird sich erst in einer Fraktionssitzung über seine Haltung schlüssig werden. Die Kommunisten werden sich vermutlich bei einer Stichwahl der Stimme enthalten. Auch die Nationalsozialisten sollen dieselbe Absicht haben. Allgemein nimmt man an, daß der neue Reichstagspräsident wieder Loebe heißen wird.

Aus dem unruhigen Estland.

(Von unserem Korrespondenten.)

Reval, 6. 1. 24.

In Reval sind in den letzten Tagen wieder zahlreiche Verhaftungen von Teilnehmern an dem Kommunistenputsch festgenommen worden, darunter auch die Aufrührer, die den deutschen Schulinspektor Grünwaldt erschossen haben. Im Hafengebiet wurde eine große Razzia nach verdächtigen Personen vorgenommen und hierbei 155 Personen sistiert.

Im Revaler Hafen sind vor kurzem zwei sowjetrussische Handelsdampfer eingetroffen Ein estnisches Blatt gibt die im Umlauf befindlichen Gerüchte wieder, daß die beiden Dampfer Reval nur angelaufen hatten, um Leute an Bord zu nehmen, die aus gewissen Gründen Eile hätten, Estland zu verlassen.

Die estländische sozialdemokratische Partei hat auf eine entsprechende Anfrage hin an die II. Internationale eine Erklärung übersandt, in der sie ihre Haltung gegenüber den Kommunisten auseinandersetzt und ausführt, die Ereignisse des 1. Dezember hätten der ganzen Welt gezeigt, daß auch Estland das Schicksal Grusiens drohte. Es sei wohl richtig, daß die Reaktion durch die letzten Ereignisse Wasser auf ihre Mühle bekommen hätte, aber daran seien nur die Kommunisten schuld. Die Hauptschwierigkeit bestehe darin, daß hinter dem Rücken der estnischen Kommunisten eine Großmacht stehe. Die Sozialisten hätten ihr Verhalten wohl überlegt, das nach ihrer Ansicht den Forderungen der Lage durchaus entsprochen habe.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Stärke der Reichstagsfraktionen.

Das erste Mitgliederverzeichnis des Reichstages bringt die endgültige Feststellung der Stärke der einzelnen Reichstagsfraktionen. Danach verteilen sich die 493 Mitglieder des Reichstags nach der Mitgliederstärke wie folgt: Sozialdemokraten 131 Mitglieder, Deutschnationale Volkspartei 111 Mitglieder, Zentrum 69 Mitglieder, Deutsche Volkspartei 51 Mitglieder, Kommunisten 45 Mitglieder, Demokraten 32 Mitglieder, Wirtschaftliche Vereinigung einschl. Bayerischer Bauernbund und Deutschhannoveraner 21 Mitglieder, Bayerische Volkspartei 19 und Völkische 14 Mitglieder.

Wertbemessung landwirtschaftlicher Grundstücke.

Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtages hat einen Antrag eingebracht, bis zur Verabschiedung eines jeden Gesetzes über die einheitliche Bewertung des ländlichen Grundbesitzes im Reich, Ländern und Gemeinden, alle Vorarbeiten und Erhebungen über Bewertungsvorschriften in Preußen einzustellen und alle Bestrebungen des Reiches zu unterstützen, die eine einheitliche, gleichmäßige, gerechte und richtige Bemessung des Wertes der landwirtschaftlichen Grundstücke auf der Grundlage der tatsächlichen Reinertragsverhältnisse herbeizuführen geeignet sind.

Das Schiedsmannswesen in Preußen.

Durch eine Verordnung vom 12. März vorigen Jahres und durch das Gesetz vom 3. Dezember vorigen Jahres ist die Schiedsmannsordnung in Preußen erheblich umgestaltet worden. Die Neuordnung geht zurück auf die Reichsverordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar 1924, durch die der Kreis der Vergehen, bei denen ein Sühneversuch vor der Erhebung der Privatklage notwendig ist, eine erhebliche Erweiterung erfahren hat und der Sühneversuch auch für den Fall vorgeschrieben ist, daß die Parteien nicht in demselben Gemeindebezirk wohnen. Diese Änderung der Reichsgesetzgebung war nötig geworden, weil nach den in den deutschen Ländern gemachten Beobachtungen die Zahl der Privatklagen, trotz der Verkleinerung des Staatsgebiets, eine starke Zunahme erfahren hatte und weit über den höchsten Stand der Vorkriegszeit gestiegen war.

Frankreich.

× **Die Pariser Finanzkonferenz und die Reparationsgewinne.** Die in Paris eröffnete Konferenz der Finanzminister der Alliierten wird sich im wesentlichen mit der Verteilung der Reparationsgewinne beschäftigen. Das Konferenzprogramm umfaßt: die Festlegung der Reihenfolge der verschiedenen Prioritäten und die Festsetzung der Beträge dieser Prioritäten; Bestimmungen über die Ansprüche Amerikas auf die Reparationen; Verteilung des Erlöses der Ruhrbesetzung; Verteilung der ersten Dawes-Zahlungen; Regelung der Frage der belgischen Priorität u. a.

Italien.

× **Rein faschistische Regierung.** Nachdem aus dem bisherigen Kabinett alle als nicht rein faschistisch anzusprechenden Minister zurückgetreten sind, so der Innenminister de Nava, der Justizminister Oviglio, der Marineminister Thaon de Revel und der Kriegsminister di Giorgio, haben schließlich auch alle anderen Minister und Unterstaatssekretäre Mussolini ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt. Man versichert, daß Mussolini beabsichtige, das Kabinett vollständig umzubilden, um sich am 20. Januar der Kammer in vollkommen neuer Gesellschaft, und zwar mit einem rein faschistischen Ministerium, vorzustellen.

Nordamerika.

× **Für deutsche Handelsluftschiffe.** Eine von Senator Copeland im Kongreß eingebrachte Resolution verlangt von Präsident Coolidge, er solle Amerikas Vertreter auf der Botschafterkonferenz ermächtigen, daß diese bei den Alliierten das Recht für Deutschland durchsetzen, Handelsluftschiffe zu bauen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der bekannte, der Demokratischen Partei angehörige Reichstagsabgeordnete Rektor a. D. Julius Kopsch vollendet am 7. Januar das 70. Lebensjahr. Kopsch gehört dem Reichstag seit 1896 ununterbrochen an.

Berlin. Der Journalist Walter Oehme hat sich nach seiner Ausweisung aus Paris den deutschen Behörden gestellt und verbüßt im Gefängnis zu Kottbus die restlichen 7 Monate seiner Gefängnisstrafe, die er wegen Landesverrats erhalten hatte.

Hannover. Hier tagte die Reichskonferenz des republikanischen Reichsbundes. Es wurde ein alsbald beantwortetes Sympathietelegramm an den Reichspräsidenten gesandt und eine Massenkundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet.

Wilhelmshaven. Das Linienschiff „Hessen" ist auf der Marinewerft Wilhelmshaven mit kleiner Besatzung in Dienst gestellt. Es tritt als viertes Linienschiff zu der Linienschiffsdivision der Reichsmarine und wird in Kiel stationiert werden.

Köln. Die politischen Parteien der Rheinprovinz werden hier am Sonntag, den 11. Januar, in großen öffentlichen Einspruchsversammlungen zu der Räumungsfrage Stellung nehmen.

Basel. Die Schweizer Regierung hat beschlossen, die kürzlich gegenüber Rußland erlassene Einreisesperre auf die Sowjetrussen zu beschränken, während die Einreise von Nichtsowjetrussen wieder gestattet ist.

Paris. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Innenminister Redjed Bei zurückgetreten sei.

Kairo. 700 ausgesperrten Studenten ist die Rückkehr gestattet worden, wenn die Eltern eine Verpflichtung für ihr künftiges gutes Betragen unterzeichnen.

Melbourne. Zur Verhinderung der Einwanderung mittelloser Personen wird die Einwanderung vom 31. März d. Js. an nur solchen Personen gestattet, die sich im Besitz von mindestens 40 Pfund Sterling befinden.

Vermischte Drahtnachrichten aus aller Welt.

Neuer Schnelligkeitsrekord im Luftverkehr London—Berlin.

Berlin, 6. Januar. Auf der vom Deutschen Aero-Lloyd mit der Imperial Airways Ltd. gemeinsam betriebenen Strecke London—Amsterdam—Hannover—Berlin ist der bisherige Schnelligkeitsrekord geschlagen. Die Flugzeit betrug bei vollbeladener Maschine mit Passagieren und Gepäck nur vier Stunden 20 Minuten zwischen London und Berlin. Ganz besonders groß war die Geschwindigkeit auf der Linie Hannover-Berlin, die in 58 Minuten zurückgelegt werden konnte.

Wieder ein Bankierselbstmord in Berlin.

Berlin, 6. Januar. Der 37jährige Bankier Erich Wolff schoß sich in den Räumen der Ring-Film-A.-G. mit einer Selbstladepistole zweimal in die rechte Schläfe. Der Tod trat alsbald ein. Der Grund der Tat ist bis jetzt noch unbekannt.

Vom Massenmörder Denke.

Breslau, 6. Januar. Wie aus Münsterberg berichtet wird, wurde in dem Holzschuppen in dem Denkeschen Hause wieder ein größerer Haufen Knochen gefunden. Ferner entdeckte man bei der Durchsuchung des Kachelofens der Denkeschen Wohnung 15 blutbefleckte, mit Menschenhaut gebündelte Westen.

Konkordatsübereinkommen in Bayern.

München, 6. Januar. Zwischen der bayerischen Regierung und der Landtagsmehrheit soll eine grundsätzliche Einigung über die Konkordatsfrage erfolgt sein. Für die Auslegung des Konkordats soll der deutsche Text maßgebend sein. An dem Schulaufsichtsgesetz wird festgehalten, so daß die Niederlegung des Religionsunterrichts nicht für die Lehrerqualifikation an der Bekenntnisschule entscheidend ist. Die Dotationsfrage wird nach Übereinkommen geregelt.

Der Beleidigungsprozeß Auers.

München, 6. Januar. Am 26. Januar beginnt in München unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Frank ein größerer auf acht bis zehn Tage berechneter politischer Prozeß. Es handelt sich um eine Beleidigungsklage des bekannten Führers der bayerischen Sozialdemokratie Erhard Auer gegen die kommunistische Neue Zeitung und gegen die früheren Sozialdemokraten Winter und Kampfer, welche bekanntlich schwere Angriffe gegen Auer erhoben hatten. Zu der Verhandlung sind ungefähr 100 Zeugen geladen.

Rückgang des Hochwassers.

Elberfeld, 6. Januar. Das Hochwasser der Wupper geht ununterbrochen zurück. Mittags 12 Uhr zeigte der hiesige Pegel noch 0,80 Meter. Auch vom oberen Lauf der Wupper wird weiteres Fallen gemeldet. Solingen und Burg sind vom Wasser wieder frei, doch ist der durch das Hochwasser angerichtete Schaden in beiden Städten beträchtlich höher, als zuerst angenommen wurde. Die in Kellerräumen aufbewahrten Vorräte sind fast vollständig vernichtet.

1000 Personen an Malaria gestorben.

Paris, 6. Januar. Der „Matin" meldet daß in Niederländisch-Indien eine Malariaepidemie wütet, die bereits 1000 Todesfälle verursacht hat.

Deutsche und polnische Nationalräte in Litauen.

Kowno, 6. Januar. Die polnische und die deutsche Fraktion des litauischen Landtages haben Gesetzentwürfe über die Schaffung von polnischen und deutschen Nationalräten im Landtag eingebracht. Diese Räte sollen die die beiden Minderheiten vertretenden Organe sein. Die Präsidenten nehmen an den Sitzungen des Ministerrats mit beratender Stimme teil.

Deutsche Handelsbeziehungen zu Amerika.

Newyork, 6. Januar. Die Ratifikation des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages soll erneut versucht werden unter Hinweis auf die Gefahren, die dem Handel der Vereinigten Staaten drohen. Wenn nämlich der Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages, in dem Frankreich Meistbegünstigung in Deutschland eingeräumt wird, früher zustande kommt als die bisher von Amerika verweigerte Ratifikation des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages, so würde Amerika dadurch von dem französischen Markte verdrängt werden, wenn ihm nicht gleichzeitig durch die Ratifikation die Meistbegünstigung eingeräumt wird.

Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Die zunehmende Besserung der Wirtschaftslage hat erfreulicher Weise eine Verminderung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Das zeigt sich deutlich in einer Uebersicht über den Arbeitsmarkt im November 1924, die das Reichsarbeitsblatt in der in den nächsten Tagen erscheinenden ersten Nummer seines neuen Jahrganges bringt. Die Uebersicht ist nach den verschiedensten Methoden der Arbeitsmarktstatistik aufgestellt (Mitgliederstatistik der Krankenkassen, Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Arbeiterfachverbänden). Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder der Krankenkassen ist um 0,7 v. H. gestiegen. Die Arbeitslosigkeit in den berichtenden Fachverbänden ist von 8,4 auf 7,3 v. H. gefallen, die Kurzarbeit hat noch stärker abgenommen Gefallen ist im November auch die Zahl der Arbeitsgesuche, da aber auch der Rückgang des Stellenangebots noch erheblicher war, so ist die Gesamtantragsziffer von 266 auf 299 Arbeitsgesuche für je 100 freie Stellen gestiegen. Das Gesamtbild des Arbeitsmarks im November kann als nicht ungünstig gezeichnet werden. Nicht uninteressant ist ferner eine Uebersicht über die Tätigkeit der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung im 2. Kalendervierteljahr 1924. Es zeigt sich im Zuhammenhang mit der Jahreszeit eine Zunahme ihrer Tätigkeit gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr, insbesondere für Landwirtschaft und Gastwirtschaft, hingegen eine Abnahme der Vermittlungen von weiblichen Hausangestellten Insgesamt hat die gewerbsmäßige Stellenvermittlung in dem angegebenen Zeitraum rund 110 000 Stellen besetzt gegenüber rund 1,4 Millionen Stellenbesetzungen durch nicht gewerbsmäßige Arbeitsnachweise.

Die Vernehmung der Barmats.

s. Berlin, 6. Januar.

Entgegen anderslautenden Meldungen ist zunächst festzustellen, daß der von den Verteidigern gestellte Antrag auf Entlassung der Brüder Barmat bisher nicht endgültig abgelehnt worden ist. Er konnte auch noch gar nicht abgelehnt werden, weil erst gestern abend mit der Vernehmung der Barmats begonnen worden ist und vor Beendigung dieser Vernehmung eine Entscheidung des Staatsanwalts über Aufrechterhaltung oder Aufhebung der Haft nicht getroffen werden kann. Als erster von den verhafteten Brüdern wurde Julius Barmat, in dem man die Seele des Konzerns erblickt, vernommen. Zur Vernehmung wurden infolge der schwierigen Materie verschiedene Sachverständige hinzugezogen. Im übrigen ist zu der Sache nicht viel Neues zu bemerken. Es gibt die üblichen Richtigstellungen, Aufklärungen von Mißverständnissen, Meldungen über Sanierungsversuche, und das ist sozusagen alles.

Inzwischen hört man auch wieder etwas von Kutisker und Holzmann, die unbewußt die Barmats „ins Rollen gebracht" haben. Gleich dem Barmat-Fall nimmt auch die Kutisker-Affäre einen ungeahnten Umfang an, und das Ende ist nicht abzusehen. Iwan Kutisker setzt seine Taktik, die Freunde von ehedem preiszugeben, munter fort. Was er mit seinen Anschuldigungen bezweckt — ob er Rache nehmen oder bloß nicht allein hinter den Gefängnismauern bleiben will —, ist nicht recht ersichtlich. Aber etwas Gutes für die, die auf ihn setzten, bedeutet seine plötzlich erwachte Redseligkeit ganz gewiß nicht.

*

Demokratische Anfrage in Sachen Preußische Staatsbank.

Berlin, 6. Januar. Gleich der Deutschen Volkspartei hat nunmehr auch die Demokratische Fraktion des Preußischen Landtages, veranlaßt durch die Affären Kutisker und Barmat eine Große Anfrage über die Kreditpolitik der Preußischen Staatsbank, die in überaus seltsamem Lichte erscheine, eingebracht.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 8. Januar.

Sonnenaufgang	8^{11}	Mondaufgang	3^{6} N.
Sonnenuntergang	4^{3}	Monduntergang	6^{26} V.

1811 Der Buchhändler und Schriftsteller Friedrich Nicolai in Berlin gest. — 1867 Stenographiesystemerfinder Stolze gest. — 1916 Räumung von Gallipoli durch die englisch-französischen Truppen.

□ **Mahnung an die deutschen Hausfrauen!** Warum kauft ihr auch jetzt nach dem Kriege wieder die Teepackungen ausländischer Firmen? Ist es nicht genug, daß Deutschland, um überhaupt Tee importieren zu können, dem Auslande sein Geld für die Ware schicken muß? Haben wir so viel überflüssig, daß wir auch noch Geld für die Packungen, die Löhne ausländischer Arbeiter, die Frachten, Reklameunkosten und — fr den Gewinn der ausländischen Firmen hinterherwerfen? Glaubt ihr, wenn eine Auslandsfirma auf dem Paket steht, dann ist der Tee auch gewiß besser? O nein! Die seit Jahrzehnten bekannten deutschen Packerfirmen importieren und liefern euch Tee von mindestens der gleichen Güte, zu mindestens demselben Preise. Vielfach wurde sogar schon im Frieden festgestellt daß ausländische Firmen, die Gutgläubigkeit der deutschen Hausfrauen ausnutzend, unter hochklingenden Bezeichnungen recht geringe Sorten in den Konsum brachten. Also, deutsche Hausfrauen, kauft nur deutsche Packungen!

□ **Warnung vor einem Schwindler.** Gestern nachmittag erschien in der Wohnung eines hiesigen Arztes ein gutgekleideter Herr, in dessen Abwesenheit und verlangte von der Haushälterin die Herausgabe eines dem Arzt gehörenden Pelzes mit dem Bemerken, daß der Arzt beim Schneider sei und an dem Pelz eine Aenderung vornehmen lassen will. Der betreffende Herr solle den Pelz hinbringen. Die Wirtin gab den Pelz zum Glück nicht heraus, und als der Arzt nachhause kam, stellte es sich heraus, daß das Ganze ein Schwindel war. Passanten hatten vor dem Hause zu derselben Zeit einen Wagen halten sehen, in welchem ein paar junge Leute saßen, die das Haus scharf beobachteten. Wahrscheinlich handelt es sich um die Helfershelfer des Betrügers. Am Vormittag desselben Tages beobachtete ein Landjäger, daß sich ein

Herr sehr eingehend nach dem betreffenden Arzt erkundigte und besonders nach der Zeit der Krankenbesuche forschte. Wahrscheinlich handelt es sich hier um ein und dieselbe Person.

uk. Die kältere Jahreszeit läßt den Ofen mit seiner behaglichen Wärme nun wieder in sein volles Recht eintreten. Er hat die wichtige Aufgabe, die immer weiter zurückgehende Sonnenwärme zu ersetzen. Dazu gehört aber auch eine richtige Art der Heizung. Gewöhnlich ist man der Meinung, man legt einfach Kohlen aufs Feuer und das genügt. Und doch ist die Ofenheizung nicht eine so einfache Sache, sogar nicht nur inbezug auf Wärmeerzeugung und Kohlenersparnis, sondern auch in gesundheitlicher Beziehung ist die Feuerungsart von Bedeutung, sodaß manche städtischen Behörden sich veranlaßt gesehen haben, im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege Regeln über die beste Art der Heizung verteilen zu lassen. Diese Regeln beruhen auf dem Prinzip, daß möglichst viel vom Heizmaterial verzehrt und möglichst wenig Rauch und Ruß gebildet werde, folglich auch möglichst wenig Schlacke übrig bleibe. Bei Beobachtung des Feuers bemerkt man deutlich, daß die Flamme von vorn nach hinten schlägt, das kennzeichnet den Luftzug, der durch die Ofenöffnung in den Heizraum und aus diesem durch den Schornstein hinausgeht. Darum zünde man das Feuer nicht, wie allgemein üblich, in der Mitte, sondern vorn an. Man mache gleich ein starkes Feuer und schiebe es dann nach der Mitte, wenn es sich im vollständigen Brand befindet. Die neu hinzugelegte Kohlenmenge lege man vorn vor das Feuer, um die Kohlen erst anzuwärmen, da von solchen angewärmten Kohlen mehr verzehrt wird, als von feuchten und weil diese besser brennen. Bei der Anwärmung beginnt das Kohlengas zu verfliegen und wird durch den Luftzug den Weg über die Flamme geführt, wodurch möglichst viel verbrennt. Dasselbe ist der Fall mit den feinen, vom starken Luftzug gelösten Kohlenstaubteilen und vom Rauche, der noch viele verbrennbare Teilchen enthält. Legt man die neu hinzugetanen Kohlen oben auf die Flammen, so wird denselben erstens durch Unterdrückung die Kraft genommen und sie kann ganz erstickt werden. Also wird die Wärmeerzeugung nachteilig unterbrochen. Weiter aber fliegen Massen von Ruß und Rauch durch die Abzugsröhren und den Schornstein in die Luft hinaus, ohne in die Nähe der Flamme zu kommen. Sie verbrennen nicht. Das ist nicht nur Materialverschwendung, sondern diese verunreinigen die Röhren, den Schornstein und die Luft der ganzen Nachbarschaft. Bei offenstehenden Fenstern kann man in engen, viel bewohnten Stadtteilen eine erstaunliche Menge Ruß gewahren, der sich da niederläßt und von den Flammen sehr gut verzehrt sein könnte. Brennt er doch manchmal im ungereinigten Schornstein an. Ferner dient der Kohlenersparnis schnelle Wärmeerzeugung, daß das Zimmer gründlich ausgeheizt wird. Schnelle Wärme verdrängt die Kälte viel gründlicher. Es handelt sich darum, daß die Wärme den Raum beherrsche. — Also die rechte Art ist, von vorn nach hinten zu feuern. Dies dient am besten, außer der Erwärmung, der Materialersparnis, der Reinlichkeit und der Gesundheit.

uk. Verhütung des Einfrierens von Pumpen. Der Pumpenbau wird unterhalb der Frostgrenze — in der Regel wird 1—1½ Meter unter der Oberfläche genügen — angebohrt. Die Oeffnung braucht nur ganz klein zu sein. Nach dem Pumpen sinkt alsdann der Wasserspiegel bis zu diesem Bohrloche, also unter die Frostgrenze, die Pumpe kann nie einfrieren. Den geringen Wasserverlust spürt man beim Pumpen kaum. Wer will, kann während des Sommers die Oeffnung auf beliebige Weise verschließen, doch darf dannn nicht versäumt werden, vor Winter den Verschluß wieder zu entfernen.

uk. Frühzeitig Sand streuen! Eine Wohltat ist's für jeden, wenn bei Glatteis die Straße gut mit Sand bestreut ist. Leider wird das Bestreuen meist zu spät am Tage vorgenommen! Was nutzt es dem Arbeiter, dem Milchmann, dem Semmelträger, dem Fleischerburschen mit der Mulde auf der Achsel, dem Frühpostbriefträger, dem morgens ins Geschäft eilenden Kaufmann, und was nutzt es allen zur Schule eilenden Kindern und hundert anderen Menschen, wenn das Bestreuen des spiegelglatten Weges erst dann vorgenommen wird, wenn die Tageswärme und tausend Stiefelabsätze die Gangbahn bereits rauh und ungefährlich gemacht haben! Also, wir bitten im Interesse der Allgemeinheit: bei Glatteis nicht nur Sand und Asche zu streuen — sondern auch rechtzeitig zu streuen!

Giersdorf. Der 52jährige verheiratete Arbeiter Heinrich Matzke verübte in seiner Kammer Selbstmord durch Erhängen.

Hirschberg. Aus dem Flur des städtischen Krankenhauses wurde ein Fahrrad, Marke International, gestohlen. Das Rad hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen, die mit je zwei schwarzen Streifen abgesetzt sind. Die Lenkstange ist nach oben gebogen, der Sattel trägt die Firma „Brennabor". Angaben an die Kriminalpolizei.

Hußdorf. (Hilfe in der Not.) Der verarmten obdachlosen Familie Grünastel, deren Wirtschaft am Sonnabend abbrannte, hat der „Schlesische Altwandervogel", Gruppe Hirschberg, ihr eingerichtetes Landheim zur Verfügung gestellt. Die Familie ist nun für den Winter geborgen.

Löwenberg. (Diebstahl.) Beim Vorsitzenden des „Stahlhelms" erschien dieser Tage ein angeblicher Stahlhelm-Kamerad aus Berlin und bat um eine Reiseunterstützung. Als ihm diese gewährt wurde, stahl er vom Schreibtisch 20 Mk. Der Diebstahl wurde erst entdeckt, als der Mann über alle Berge war.

Meffersdorf. (Ausgrabung einer Leiche.) Auf behördliche Anordnung wurde die Leiche der vor kurzem erst verstorbenen Frau Schuhmachermeister Friedrich von hier, einer erst 33jährigen, sonst stets gesund gewesenen Frau, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wieder ausgegraben. Es liegt der Verdacht eines an der Frau begangenen Verbrechens vor. Die Sezierung der Leiche wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Greiffenberg. (Verschiedenes.) In Mühlseiffen brannte der dem Gemeindevorsteher gehörige Strohschober nieder. Zum Glück wehte der starke Wind dorfabwärts, sonst wäre größeres Unglück unvermeidlich gewesen. — In den Ortschaften Blumendorf, Gotthardsberg und Antoniwald tritt Scharlach auf. Bisher sind ungefähr fünfzehn Kinder, aber auch Erwachsene erkrankt. Ein siebenjähriges Kind starb daran.

Schosdorf. (Auf der Jagd gestorben.) Auf dem hiesigen Rittergut fand kürzlich eine Treibjagd statt, an der auch Major Gambke teilnahm. Nach dem ersten Treiben wurde ihm unwohl und stieg in einen Wagen, wo ihn der Schlag traf und er verschied. Die Jagd wurde abgebrochen.

Friedeberg a. Qu. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich am Sonnabend auf dem Bahnhof. Als kurz vor 2 Uhr der von Greiffenberg kommende Zug hier einfuhr, wurde die Weiche erst gestellt, als ein Teil des Zuges bereits über diese hinweg war. Infolgedessen entgleisten drei der nachfolgenden Wagen, und nur der verhältnismäßig langsamen Einfahrt des Zuges ist es zu verdanken, daß größeres Unglück verhütet wurde. Ein Arbeitswagen aus Lauban brachte die Wagen im Laufe des Nachmittags wieder in die Gleise. Der Materialschaden ist gering.

Schwarzwaldau, Kreis Landeshut. Der 47 Jahre alte Arbeiter Gustav Schenk wurde wegen versuchten Mordes festgenommen und in das Amtsgerichtsgefängnis in Landeshut eingeliefert. Schenk, der als arbeitsscheu bekannt ist, kam zu seiner ehemaligen Quartierwirtin, der Kriegerwitwe Emma Zwick, und verlangte wieder Aufnahme bei ihr, die sie ihm verweigerte. Darauf holte Schenk eine Art aus dem Holzschuppen und schlug auf die Frau ein, die blutüberströmt zusammenbrach. Ihre Kinder fanden sie ohne Besinnung vor und veranlaßten ihren Transport ins Krankenhaus.

Glogau. Gegen den Halbauer Mörder, den hier in Haft befindlichen Speditionsgehilfen Heintze aus Beuthen a. d. O., ist die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ihn Anklage wegen Mordes erhoben, die sich ausschließlich auf Indizienbeweise stützen muß, da der Täter die furchtbare Mordtat nach wie vor bestreitet. Der Prozeß dürfte in der nächsten Schwurgerichtsperiode, die noch in diesem Monat stattfindet, zur Verhandlung kommen. Die in anderen Zeitungen verbreitete Nachricht, daß die Verhandlung in Halbau stattfinden soll, trifft nicht zu.

Ostritz. Ein Opfer des Münsterberger Menschenfressers Denke ist der Arbeiter Kaspar Hubalek geworden, der früher hier in der Kolonie Nr. 15 wohnte. Hubalek, der aus Böhmen stammt, verließ vor über zehn Jahren seine noch jetzt hier wohnende Familie. Seine Papiere wurden in der Wohnung des Mörders gefunden.

Breslau. (Tragödie in der Silvesternacht.) In der Silvesternacht brachte ein Hauptwachtmeister der Schutzpolizei den Unterwachtmeister Simon in leicht angetrunkenem Zustande zur Polizeiwache. Man führte ihn in ein besonderes Zimmer, wo er sich erholen sollte. Wenige Minuten darauf hörte man einen Schuß. Die hinzueilenden Beamten fanden den Unterwachtmeister mit einer Schußwunde, die er sich aus seiner Dienstpistole beigebracht hatte, am Boden liegen. Am Neujahrstage vormittag ist S. im Krankenhaus dieser Verletzung erlegen. Die vorgesetzten Dienststellen haben Ermittelungen zur Aufklärung der Angelegenheit eingeleitet.

Reichenbach. (Ein Glückspilz.) Einen Gewinn von mehreren Tausend Mark erzielte ein hiesiger Einwohner auf ein Los der Sächs. Staatslotterie. Der glückliche Gewinner hatte das Los von einem Bekannten, der in Geldverlegenheit war, erworben.

Aus dem Gerichtssaal.

Amtsgerichts-Sitzung.

Hirschberg, den 6. Januar.

Einen Meter Knüppelholz soll der Arbeiter Hermann Herber von hier aus dem Forstrevier Rosenau entwendet haben. H. bestreitet und will das Holz beim Abfahren seines Holzes nur verwechselt haben. Er erhält eine Geldstrafe von 50 Mk. wegen Diebstahls. — Obwohl der Kaufmann Paul Seidel aus Jannowitz nur die Erlaubnis hatte, Branntwein in versiegelten Flaschen zu verkaufen, hat er solchen auch literweise in von Kunden mitgebrachten Flaschen verkauft. Er wird zu 70 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Ohne gültigen Paß wurde der Privatier Leo Braunstein — polnischer Staatsangehöriger — aus Berlin-Wilmersdorf im D-Zuge betroffen. Sein Einspruch gegen den gerichtl. Strafbefehl von 20 Mk. wird verworfen. — Zwei Bettler und Landstreicher wurden zu je 3 Wochen Haft und dann dem Arbeitshaus überwiesen. — Wegen Uebertretung der Gewerbeordnung ist der Heilkundige Gerhard Lichtenberg aus Schönbach bei Rudelstadt angeklagt. Er soll deshalb gegen die G.-O. verstoßen haben, weil er nach Verlegung seiner Wohnung von Hirschberg nach Schönbach hier an bestimmten Tagen die Heilkunde an Personen ohne vorherige Bestallung ausgeübt hat. B. hielt seine Sprechstunden in einem konzessionierten Raum eines hiesigen Gastlokals ab, das ihm nicht vermietet, sondern unentgeltlich zur Verfügung gestellt war. L. wird zu 100 Mk. verurteilt.

Nah und Fern.

○ **Nowawes, die jüngste deutsche Stadt.** Der Gemeinde Nowawes ist die amtliche Mitteilung zugegangen, daß ihr durch den Beschluß des Staatsministeriums die Stadtrechte verliehen worden sind. Nowawes scheidet nicht aus dem Kreise Teltow aus und hat als die jüngste preußische Stadt den Vorteil, daß die neu erhaltene Würde für sie mit keinerlei Mehrkosten verbunden ist, da ihr bisheriger Verwaltungsapparat vollkommen für die Bedürfnisse der Stadt ausreicht. In nächster Zeit werden Stadtverordnetenneuwahlen und die Wahlen der Mitglieder des Magistrats vorgenommen werden müssen.

○ **Hermann Weber verhaftet.** Nachdem es der Kriminalpolizei bereits gelungen war, Heinrich Webers, des Bruders des Hauptbeschuldigten in der Berliner Spritschieberaffäre, in der Tschechoslowakei habhaft zu werden, ist es nunmehr auch geglückt, den Hauptschuldigen Hermann Weber in Prag festzunehmen. Er wurde in das Prager Gerichtsgefängnis eingeliefert, wo er so lange verbleiben wird, bis der Auslieferungsantrag Erledigung gefunden hat.

○ **Liebestragödie eines Schuldirektors.** Auf dem Friedhof in Leipzig-Engelsdorf wurden der Schuldirektor T. und die Handarbeitslehrerin S. vergiftet aufgefunden. Zwischen beiden Personen bestand seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis. Gegen T. war deswegen bereits ein Disziplinarverfahren eingeleitet und seine Versetzung nach der Löbauer Gegend beschlossen worden. Als diese Versetzung vor vier Wochen bekanntgemacht wurde, äußerten beide, daß sie sich nicht trennen, sondern lieber aus dem Leben scheiden wollten. Neben den Toten wurde eine mit Kakao gefüllte Thermosflasche gefunden, die allem Anschein nach ein starkes Gift enthält. Der Schuldirektor hinterläßt eine Frau mit fünf Kindern.

○ **Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in Ohligs.** Die Stadt Ohligs im Rheinland hat die Freigabe aller Wohnungen beschlossen. Sämtliche Wohnungsuchenden erhalten eine Dringlichkeitskarte mit der ihnen zustehenden Zimmerzahl, ohne Beschränkung auf Kleinwohnungen.

⊙ **Eröffnung eines polnischen Postamtes in Danzig.** In Anwesenheit des Generalkommissars und Vertreters der polnischen Republik in Danzig, Ministers Dr. Straßburger, fand die Eröffnung des polnischen Postamtes Nr. 3 in Danzig statt. Auf dem neuen Postamte können sämtliche Postsendungen, jedoch nur in Richtung Polen aufgegeben werden. Bisher hatte Polen nur ein Postamt im Hafengebiet Danzig.

⊙ **Die Königin von Holland als Ehrendoktor.** Der Senat der Universität zu Leyden hat im Hinblick auf das 350jährige Bestehen der Leydener Hochschule die Königin von Holland zum Ehrendoktor der Rechtswissenschaft ernannt. Die feierliche Promotion wird am Montag, 9. Februar, in der Peterskirche zu Leyden vor sich gehen.

⊙ **Dammbruch an der dänischen Küste.** Die Nordsee hat in der Gegend von Vlaavand sämtliche Dämme durchbrochen und überflutete durch eine dreihundert Meter breite Öffnung die dahinterliegenden Felder und Wiesen. Auf der Insel Fanö ist eine riesige Menge von Strandgut gelandet worden.

⊙ **Abenteuerliche Flucht eines Spritschmugglers.** Der schwedische Spritschmuggler Sehlin, der in Deutschland verhaftet worden war, sprang beim Transport nach Schweden in der Nähe der Mündung des Nord-Ostsee-Kanals über Bord. Ein plötzlich erscheinendes Motorboot nahm den Schmuggler auf und entfernte sich mit rasender Geschwindigkeit.

⊙ **Der Wissenschaft sein Leben geopfert.** In Bordeaux ist der Krebsforscher Professor Bergonié nach furchtbaren Leiden gestorben. Der Gelehrte hatte sein Lebenswerk in der Bekämpfung des Krebses durch Röntgenstrahlen gesehen, war aber selbst ein Opfer dieser Strahlen geworden. Vor zwei Jahren mußte ihm der rechte Arm amputiert werden und vor zwei Monaten ließ sich Bergonié auch den linken Arm abnehmen, um sein Leben zu verlängern. Noch auf dem Sterbebette diktierte Bergonié seinen Assistenten eine Abhandlung über den Gebrauch des Radiums und der Röntgenstrahlen zur Bekämpfung der Krebskrankheit. Vor kurzer Zeit hatte der Todkranke das Großkreuz der Ehrenlegion erhalten.

⊙ **Ermordung eines Deutschen in Italien.** Auf einem einsamen Hügelweg bei Turin wurde der deutsche Handelsvertreter Fleischmann erwürgt aufgefunden. Der Mord wurde mit einer Sicherheit unter geheimnisvollen Umständen vollzogen. Bei der im Gesicht stark verstümmelten Leiche wurde noch die goldene Uhr sowie ein großer Geldbetrag vorgefunden. Fleischmann war erst vor einigen Tagen aus Wien nach Italien hergekommen, das er von früheren Besuchen her gut kannte. Seine Firma hat Filialen in Wien und Berlin. Man vermutet einen Racheakt wegen eines Liebesverhältnisses.

= **Vereinfachter Preisabbau.** In Orange fanden die Eisenbahnbeamten die Lebensmittelpreise zu hoch. Es gründete sich ein Geheimbund, der beschloß, die Erwerbung der nötigen Viktualien zu vereinfachen. 22 Personen taten sich zusammen zu diesem Zwecke, und öffneten nachts die Fouragewagen der Eisenbahn, um daraus zu entnehmen, was etwa brauchbar wäre. Die amtliche Untersuchung stellte fest, daß der „Abbaugedanke" einen großen Teil der Angestellten erfaßt hatte. Die 22 wurden erst einmal ihres Amtes enthoben, und von einer eingehenden Untersuchung erwartet man weitgehende Überraschungen.

○ **Die Schreckenstat eines entlassenen Angestellten.** Der entlassene Kassierer Schöpf des Konsum-Vereins in Hof drang in die Verkaufs- und Lagerräume ein und schoß dort auf sämtliche Angestellte. Der Angestellte Friedrich Gebhardt erhielt einen Schuß in das Gesicht und die Kontoristin Schödel zwei Schüsse in den Unterleib. Die Schüsse gegen den Vorstand Jammer verfehlten ihr Ziel. Nach der Tat ging Schöpf durch ein Fenster auf das Dach, brachte sich zwei Schüsse in den Kopf bei und fiel dann in den Hof, wo er schwer verletzt liegen blieb.

⊙ **Großfeuer auf einer italienischen Werft.** Auf der Schiffswerft von Ansaldo in Sestri Ponente brach in der Abteilung, welche die gebauten Schiffe ausmöbliert, ein Großfeuer aus, das nur unter größter Anstrengung gelöscht werden konnte, weil infolge der stürmischen See die 7 Dampfspritzen kein Wasser entnehmen konnten. Der Schaden wird auf 2½ Millionen Lire geschätzt.

⊙ **Eine weitere Goldsendung der Morganbank.** Die Morganbank sandte 2 500 000 Dollar in Gold an die Reichsbank ab. Damit hat Deutschland bisher 25 000 000 Dollar aus der Anleihe erhalten.

Bunte Tageschronik.

Karlsruhe. In der Linoleumfabrik Maximiliansau A. G. brach Feuer aus, das in den Vorräten an Linoleumstoffen und Leinöl großen Schaden anrichtete.

Frankfurt a. M. In der Schuhfabrik „Adeo" wurden die gesamten Vorräte im Werte von zehn Millionen Mark durch Feuer vernichtet.

Spiel und Sport.

Sp. **Das Berliner Sechstagerennen vom 15. bis 21. Januar.** Das erste Berliner Sechstagerennen dieser Saison, das in den Ausspalästen am Kaiserdamm stattfindet, ist mit Rücksicht auf das Brüsseler Rennen um zwei Tage verschoben worden. Es soll also statt am 13. erst am 15. Januar beginnen. Verschiedene Brüsseler Teilnehmer werden auch im Berliner Rennen starten.

Sp. **Mit 24 : 0 geschlagen.** Der Berliner Schlittschuhklub machte auf der Rückreise von der Schweiz auf dem Titisee im Schwarzwald Station und trug dort ein Eishockeywettspiel gegen eine Stuttgarter Mannschaft aus, die mit nicht weniger als 24 : 0 Toren unterlag.

Welt und Wissen.

w. **Erforschung der Bienensprache.** Der deutsche Forscher von Frisch, der sich eingehend mit dem Studium des Lebens der Bienen beschäftigt, behauptet, die Sprache oder wenn man sagen will die Art der Verständigung unter den Bienen gefunden zu haben. Er färbte die Tierchen mit einer auffallenden chemischen Farbe, so daß er imstande war, die Individuen jederzeit erkennen zu können. Und da entdeckte er, daß sich die Bienen durch eine Art Tanz auf die Dinge aufmerksam machen, die im Stocke notwendig getan werden müssen. Also Hilfe bei Verteilung der süßen Last, die die Arbeiterinnen einschleppen, Mitteilung, wo besonders ergiebige Blumen wachsen usw. Unterstützt wird die Mitteilung durch Ausströmen eines spezifischen

Geruches, der die Bienen den Ort wiederfinden läßt, an dem die Berichtende den Pollenreichtum fand, von dem sie das Mehl einbrachte.

w. **Ein neues Heilserum.** Der Professor der Bakteriologie der Universität in Minnesota entdeckte Ultramikroben, welche als Parasiten auf Bakterien leben. Er behauptet, durch ein Serum von Ultramikroben Typhus, Diphtherie, Dysenterie, Cholera und Lungenentzündung heilen zu können. Bei den bisherigen Experimenten mit dem Serum habe sich lediglich Tuberkulose als unheilbar gezeigt. Als Versuchsobjekte wurden bisher nur Hühner verwendet. Die Ultramikroben sind auch mikroskopisch unsichtbar, aber ihre Existenz sei erwiesen.

w. **Heilung der Hämorrhoiden ohne Operation.** Im Zusammenhang mit der Kriegskost, mit der vielfach falschen Ernährung der Nachkriegszeit hat die Zahl derjenigen Personen, die an Hämorrhoiden leiden, erheblich zugenommen. Infolge der sehr schlackenreichen Nahrung haben sich die unverdaut auszuscheidenden Abfallmassen stark vermehrt, es kam infolgedessen zu Stauungen in den Gefäßen des letzten Darmabschnitts und durch die Vermehrung der Gasbildung zu einer starken Blutüberfüllung der unteren Darmpartie. Alles Ursachen für die Bildung von Hämorrhoidalknoten, die ja bekanntlich kugelförmige Erweiterungen von Blutgefäßen darstellen. Die Operation ergibt gewöhnlich sehr gute Erfolge; aber viele an Hämorrhoiden Leidende lehnen aus Angst vor Schmerzen und sonstigen Beschwerden einen blutigen Eingriff ab, so daß in manchen Fällen unblutige Methoden zur Beseitigung der Hämorrhoiden Platz greifen müssen. Es werden Einspritzungen mit Karbolsäureglyzerin und mit Nebennierenextrakt, Pinselung mit Jodtinkturen usw. empfohlen, um die Knoten zum Verschwinden zu bringen. Neuerdings werden Einspritzungen mit Alkohol in die vorher unempfindlich gemachten Hämorrhoidalknoten sehr gerühmt. Sie sollen in fast allen Fällen Heilung herbeigeführt haben.

w. **Schmerzlose Entfernung von Warzen.** Schon die Tatsache, daß zur Beseitigung von Warzen zahlreiche Mittel angegeben werden, dürfte beweisen, daß wir eine in allen Fällen zusagende Methode noch nicht besitzen. Neuerdings wird jedoch von verschiedenen Ärzten die Entfernung der Warzen durch Vereisung und Ausschälen der Warzen ohne Schmerzen warm empfohlen. Zunächst wird die Warze mit aufgespritztem Chloräthyl vereist, unempfindlich gemacht und dann mit einem löffelartigen Instrument herausgehoben. Die ganze Prozedur ist völlig schmerzlos und deshalb gerade für Kinder sehr geeignet. Die zurückbleibenden Narben sind kaum sichtbar.

w. **Der Ursprung der Influenza.** Die ungestüme Kraft, mit der die Influenza in raschem Siegeszuge die ganze Welt eroberte und Millionen von Menschenleben dahinraffte, scheint gebrochen. Mit dieser Feststellung beginnt der hervorragende Erforscher der Influenza, Geheimrat Pfeiffer in Breslau, seinen Bericht über neuere Forschungen zur Klärung des Ursprunges der Influenza, den er im neuen Hefte der Deutschen Medizinischen Wochenschrift veröffentlicht. Pfeiffer war es, der 1891 die von ihm entdeckten Influenzabazillen als die Erreger der Seuche auffaßte. Die große Epidemie, die 1918 begann und die nun wohl ihr Ende erreicht haben dürfte, hat eine ungeheure Summe wissenschaftlicher Arbeit über diese Frage gebracht. Als ihr Ergebnis steht fest, daß der Influenzabazillus mit größter Regelmäßigkeit auf der ganzen Welt bei Influenzafällen gefunden wurde, und daß ihm zweifellos eine wesentliche Rolle für die Schwere und den Verlauf der Grippeerkrankung zuzuschreiben ist. Aber es ist nicht gelungen, mit den Reinkulturen der Influenzabazillen beim Menschen mit einer gewissen Regelmäßigkeit typische Influenza zu erzeugen. Wir müssen, so schließt Pfeifer, zugeben, daß die moderne Bakteriologie mit all ihren neuen Methoden eine einwandfreie Lösung des Influenzaproblems noch nicht geleistet hat. Sein Standpunkt, wonach die von ihm 1891 gefundenen feinen Bazillen als die ursprünglichen Erreger der Influenza zu betrachten sind, entspricht nach Pfeiffers Meinung zurzeit immer noch am besten den Erfahrungen auch der letzten Epidemie.

Börse und Handel.

* **Berliner Börsenbericht vom 6. Januar.** Auf Grund der Kursbewegungen an den auswärtigen Börsen machte man sich auf eine fühlbare Abschwächung gefaßt, die Börse zeigte sich aber bei allerdings etwas stillerem Geschäft recht widerstandsfähig. Namentlich hat die durch die Richträumung Kölns geschaffene, für uns ungünstige politische Lage in der Börsenhaltung keinen Niederschlag gefunden. Bemerkbar machte sich der hohe katholische Feiertag, dadurch fiel Westdeutschland als Auftraggeber fast gänzlich aus, was besonders auf dem Montanmarkt fühlbar war. Man war daher sehr zufrieden, daß die Börse so gut behauptet war. Recht lebhaft war es wieder am Rentenmarkt. Am Geldmarkt ist die Situation unverändert günstig.

* **Die Berliner Devisenbörse vom 6. Januar** nennt amtlich: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 19,98—20,03; holl. Gulden 170,19—170,61; Danz. 79,25—79,45; franz. Frank 22,56—22,62; belg. 20,90—20,96; schweiz. 81,74 bis 81,94; Italien 17,67—17,71; schwed. Krone 113,01 bis 113,29; dän. 74,36—74,54; norweg. 63,62—63,78.

* **Amtliche Heu- und Strohnotierungen** (Erzeugerpreise) pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepr Roggen- und Weizenstroh 1,15—1,25, desgl. Haferstroh 0,95—1,00, desgl. Gerstenstroh 0,90—0,95, Roggenlangstroh und bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh je nach Frachtlage, Häcksel 1,40 bis 1,45, handelsübliches Heu 2,10—2,30, gutes Heu 3,20 bis 3,50, Mielitzheu, lose 1,75—2,00.

* **Kartoffelnotierungen** (amtlich) pro 50 Kilogramm Erzeugerpreise ab märkischen Vollbahnstationen. Speisekartoffeln weiße 2,10, rote 2,30, gelbfleischige 3,00.

* **Amtliche Berliner Butternotierung.** Die Berliner amtliche Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten) war am 6. Januar: für 1. Qualität 1,72 M., 2. Qualität 1,58 M., abfallende Qualität 1,20 M. für ein Pfund.

* **Die neuen Depotbedingungen der Reichsbank.** Mit Ablauf 1924 hörte die Einschränkung der Verwaltungshandlungen bei der Reichsbank auf. Die Bankleitung veröffentlicht im Zusammenhang damit ihre Bedingungen für offene Depots bei der Reichshauptbank, die sich zum Teil mit den früheren decken. Die Depotgebühren werden wie folgt festgesetzt: 1. für inländische festverzinsliche Wertpapiere 0,15—0,25 Mark für das einzelne Depot je nach dem Nennbetrag; 2. für inländische Dividendenwerte 0,10 Mark für je angefangene 1000 Mark Nennwert, mindestens jedoch 0,25 Mark, 3. für inländische Dividendenwerte, soweit die offizielle Abstempelungsfrist abgelaufen, ist, sowie bei ausländischen Dividendenwerten und ausländischen festverzinslichen Werten 0,25 Mark für je angefangene 1000 Mark Nennwert; 4. für Sachwertanleihen 0,10 Mark für je angefangene 20 Zentner Roggen, 10 Tonnen Steinkohle, 60 Tonnen Braunkohle, 3000 Kilogramm Kali, 100 Gramm Gold, 200 Goldmark, 50 Dollar oder 10 Pfund Sterling, mindestens aber 0,25 Mark, 5. bei Kuxen, Hypothekenbriefen, Sparkassenbüchern usw. je Depot 0,25 Mark. Außerdem werden die Gebühren für die Mündeldepots bei den Reichsbankanstalten neu festgesetzt.

* Das Pfund Sterling beinahe auf Goldparität gestiegen. An der Newyorker Börse stieg das Pfund Sterling auf vier Dollar 77 Cent. Es fehlen also nur noch zehn Cent bis zur Friedensparität. Die ständige Verbesserung des Pfundkurses wird der Wirkung der außerordentlich günstigen Außen- und innenpolitischen Lage Englands zugeschrieben.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr.

	6. 1.	5. 1.		6. 1.	5. 1.
Weiz., märk.	234-239	234-240	Weizkl. f. Brl.	15,7-15,8	15,7-15,8
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	14,7-14,8	14,7-14,8
Rogg., märk.	227-233	229-234	Raps	400	400
pommerscher	—	—	Leinsaat	420-425	420-425
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	29-32	29-31
Futtergerste	200-214	200-214	kl. Speiseerbs.	20-22	21-22
Braugerste	277-287	263-285	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	175-184	175-185	Peluschken	15,0-16,0	15-16
pommerscher	—	165-176	Ackerbohnen	18-19	19-20
westpreuß.	—	—	Wicken	16-18	16-17,5
Weizenmehl			Lupin., blaue	11-13	11,5-13
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	15,5-16	15-16
Bln. br. inkl.			Seradella	10-11	10-12
Sack (feinst.			Rapskuchen	17,8-18,5	17,7-18
Mrk. ü. Not.)	32,5-34,7	32,5-35	Leinkuchen	25,6-25,8	25,8
Roggenmehl			Trockenschtzl.	9,4-9,5	9,6
p. 100 Kil. fr.			ow. Zuckschn.	—	—
Bln. br. inkl.			Torfmll. 30/70	9,6-10	9,6-10
inkl. Sack	31,7-34,5	32-35	Kartoffelfl.	19,2-19,4	19,4-19,6

Vereins-Kalender.

Volksbücherei des Bürgervereins Bad Warmbrunn: Ausgabe jeden Montag, von ½4—½6 Uhr im Gemeindeamt.

Volksbücherei des Bürgervereins Herischdorf. Ausgabe: jeden Donnerstag von 5—7 Uhr, Schulhaus 2.

M.-G.-V. „Harmonie". Hauptversammlung am Mittwoch, den 7. Januar. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8 Uhr, Zusammenkunft mit den Gesangvereinen auf dem Weihrichsberg.

Schützengilde. Jeden Dienstag Stutzenschießen im Restaurant „Zur Flotte".

Sanitätskolonne Warmbrunn-Herischdorf, Sonnabend, den 10. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung in der „Seilerschänke".

Angelsportverein „Rübezahl". Versammlung am 10. Januar, abends 8 Uhr im Vereinslokal Hotel „Viktoria". Vortrag des Gauvorsitzenden Herrn Rother, Breslau über „Zweck und Ziele des deutschen Anglerbundes" pp.

Turnverein Warmbrunn. Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Hauptversammlung im „Weißen Adler".

Beerdigungs-Institut
Sarg- und Trauer-Magazin
Oswald Birke
Bad Warmbrunn
Ziethenstr. 2 / Telephon Nr. 256
Erstes und größtes Institut am Platze

Großes Lager fertiger Särge in Eiche, Kiefer, Fichte und Metall jeder Größe und Preislage
Leichenwäsche
Übernahme aller zur Bestattung erforderlichen Bestellungen u. Lieferungen
Überführungen per Bahn und Gespann schnell und pietätvoll
Sachgemäß würdige Ausführung allseitig anerkannt
Annahme für Feuerbestattung

Handarbeiten
nach **Beyers Büchern** das ist heut' die Losung für jede Frau!
Verlangen Sie ausführliche Prospekte und treffen Sie Ihre Auswahl. Wir empfehlen besonders:
Kreuzstich, 3 Bände / Ausschnitt-Stickerei / Strick-Arbeiten / Klöppeln, 2 Bd. / Weißstickerei, 2 Bd. Sonnenspitzen / Kunst-Stricken, 2 Bd. / Hohlsaum u. Leinendurchbruch / Das Flickbuch / Häkel-Arbeiten, 4 Bd. / Hardanger-Stickerei / Schiffchen-Arbeiten, 2 Bd. / Buntstickerei, 3 Bd. / Buch d. Puppenkleidung
Preis je Bd. 1.50
Ausführliches Verzeichnis umsonst!

Über 60 verschiedene Bände!
Überall zu haben oder unter Nachnahme vom
Verlag Otto Beyer, Leipzig-T.

Theatergemeinde
Bad Warmbrunn.
Mittwoch, den 14. Januar 1925, im Lichtspielsaale des „Preußischen Hofes,"
dritte Vorstellung:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in fünf Akten von G. E. Lessing.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf von Eintrittskarten in der Buchhandlung von Max Leipelt: für die Mitglieder der Theatergemeinde 1.—, 1,20 und 1,50 Mk., für Nichtmitglieder je 50 Pfg. mehr. Für bestimmte Plätze ist eine Vormerkgebühr v. 50 Pf. zu entrichten
Der Arbeitsausschuß.

Neues Jahr, neues Glück!
Grosse Wohlfahrts-Geldlotterie
für die Ausgewiesenen von Rhein u. Ruhr
Ziehung 15. bis 17 Januar.
300 000 Mark
Hauptgewinne 75 000 M.
„ 50 000 „
„ 25 000 „
„ 10 000 „
2 „ a 5 000 „
10 „ a 1 000 „
usw.
Insgesamt 12836 Gewinne.
Lose z. Preise v. M. 3.60
3 „ „ „ „ 10.20
5 „ „ „ „ 17.00
10 „ „ „ „ 33.00
versendet gegen Voreinsendung, auch Nachnahme
Fritz Roseleck, Lübeck 2.
Gewinnliste wird ca. 10 Tage nach Ziehung kostenlos zugesandt.

DER GALILÄER
Aus dem Leben des Heilandes vom Einzuge in Jerusalem bis zum Kreuzestod
Dieser Film wurde bereis in vielen Gemeinden Deutschlands mit starkem Erfolge gespielt
Es handelt sich nicht um Stehlichtbilder, sondern um eine Filmvorstellung mit einem Apparat, der mit den neuesten Errungenschaften der Filmtechnik ausgestattet ist.
Die Vorstellung findet im „Schlesischen Adler" am Freitag, den 9. Januar um 4 und 8 Uhr statt.
Erwachsene 50 Pfg. Kinder 20 Pfg.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Evangelische Gemeindekirchenrat.

Drucksachen jeder Art liefert in geschmackvoller Ausführung und zu billigsten Preisen
WARMBRUNNER NACHRICHTEN.

Zum 15. Januar oder 1. Februar zuverlässiges, sauberes
Alleinmädchen
in kleinen Haushalt gesucht. Zu erfr. in der Geschäftsstelle der „Nachrichten".

Wir suchen
für sofort oder später für unser Kaffee- und Konfitüren-Spezial-Geschäft
einen Laden
mit 1-2 anschließenden Nebenräumen in allerbester Geschäftslage zu mieten. Angebote erbeten an:
Hamburger Kaffee-Lager,
Thams & Garfs
Dresden-Anger, Pillnitzer Straße Nr. 46.

Verantwortlich für Reklamen und Inserate: Hans Patermann in Warmbrunn.